



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder

Politische Lage in Griechenland zunehmend instabil

Die Fakten zuerst: Das griechische Bruttoinlandsprodukt befindet sich im freien Fall. Für das Jahr 2012 wird wie für 2011 ein Minus von sieben Prozent erwartet, und für 2013 ein weiteres Minus von drei bis vier Prozent. Die Wirtschaftsleistung des Landes dürfte dann innerhalb von fünf Jahren insgesamt um rund 25 Prozent geschrumpft sein. Das schlägt sich mit einer Arbeitslosenrate von 25 Prozent in dramatischer Form auf dem Arbeitsmarkt nieder. Katastrophal ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Rund 55 Prozent aller frisch aus der Ausbildung kommenden Menschen haben keinen Job. Man spricht bereits von einer verlorenen Generation.

Daneben hat Griechenland ein zweites Problem. Seit Jahren ist es Anlaufstelle für Flüchtlinge aus arabischen, asiatischen und afrikanischen Staaten. Diese Flüchtlinge wollen in den Norden Europas, bleiben aber aufgrund des Dublin-II-Abkommens in dem EU-Land hängen, in das sie zuerst eingereist sind, also in Griechenland. Derzeit halten sich dort mindestens 1,5 Millionen Flüchtlinge auf – das entspricht immerhin rund 15 Prozent der Bevölkerung – meist in der Illegalität, ohne Aufenthaltsgenehmigung und ohne Job.

Die Flüchtlingsproblematik verschlimmert die ohnehin schon schlechte wirtschaftliche Situation. Und die Politiker haben aus Sicht der griechischen Bürger auf beides keine Antwort, weder die griechischen noch die in den anderen EU-Staaten, in denen man sich der Flüchtlingsproblematik und der damit verbundenen Schwierigkeiten bequem entledigt hat.

Eine solche Melange aus Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und unkontrolliertem Flüchtlingszuzug ist brandgefährlich. Und so verwundert es nicht, dass sich die Wähler extremen Parteien zuwenden. Besorgniserregend ist der Aufstieg der Chryssi Aygi („Goldene Morgenröte“) – eine faschistische Bewegung, die zum Teil die Exekutivgewalt im Land übernimmt. Sie stürmen mit Schlagstöcken von Flüchtlingen illegal betriebene Marktstände, und die Polizei steht taten-

los daneben. Gleichzeitig erobern sie sich die Zuneigung der Bevölkerung, indem sie Nahrungsmittel an Bedürftige verteilen oder ältere Frauen zum Einkaufen begleiten, die sich allein nicht mehr auf die Straße trauen.

Chryssi Aygi liegt mittlerweile in den Umfragen bei rund zehn Prozent. Insgesamt ist ein weitaus größerer Teil der griechischen Bürger radikalisiert; so versammelt das sozialistische Linksbündnis Syriza weitere 20 Prozent hinter sich. Die politische Lage ist instabil und zerbrechlich, und es wird Zeit, Griechenland nicht nur Sparprogramme abzuverlangen.

Um es deutlich zu sagen: Es war richtig, von Griechenland eine Sanierung des Staatshaushalts einzufordern. Das ist insofern geschafft, als der Primärsaldo wieder nahezu ausgeglichen ist. Von erheblicher Last sind die Zinszahlungen, die den griechischen Staatshaushalt weiterhin zum Sorgenkind ersten Grades machen. Zurzeit fließen alle Hilfszahlungen der EU nach Griechenland hinein und werden dann zur Zinstilgung zurück überwiesen. Viele sehen daher einen zweiten Schuldenschnitt als notwendig an.

Aber es ist eine Illusion zu glauben, dass die griechische Wirtschaft in naher Zukunft von allein wieder auf die Beine kommt. Um der wirtschaftlichen Abwärtsspirale und damit auch dem Zulauf zu den extremen Parteien etwas entgegenzusetzen, braucht es zweierlei aus der EU. Zum einen die Sicherheit für private Investoren, dass Griechenland im Euro bleibt. Hier hat die Bundesregierung mit ihrem jüngsten Bekenntnis zu einem Verbleib Athens in der Euro-Zone ein wichtiges Signal gesetzt. Zum anderen bedarf es einer gezielten Wachstumsstrategie. Die EU wird Investitionsmittel zur Finanzierung einer schlüssigen Innovationspolitik für das Land bereitstellen müssen. Die fragile politische Situation in Griechenland macht deutlich, dass die Zeit für eine solche Entscheidung drängt. Vielleicht beflügelt ja die Vergabe des Friedensnobelpreises an die EU die Entscheidungsfindung.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Dr. Guido Baldi
Christoph Große Steffen

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.